

EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Elektronischer Versand an:
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Bern, 7. Juli 2021

Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG): Covid-19-Test bei der Ausschaffung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, uns am obenerwähnten Vernehmlassungsverfahren beteiligen zu können.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB lehnt die unterbreitete Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) dezidiert ab: Der Zwang, sich im Rahmen eines Wegweisungsvollzugs einem Covid-19-Test unterziehen zu müssen, ist ein massiver Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Menschen. Diesen Eingriff erachten wir weder als verhältnismässig noch als durch öffentliches Interesse gerechtfertigt.

Die Ausübung von Zwang ist immer ein Risiko für die physische oder psychische Gesundheit der Menschen, auf die Zwang ausgeübt wird. Die in der vorgesehenen Gesetzesänderung postulierte Situation einer Zwangsausübung ohne Gesundheitsrisiko ist realitätsfremd.

Aus diesen Gründen fordert der SGB, dass abgesehen wird von der geplanten Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG).

Wir danken für die Berücksichtigung unseres Anliegens und sind bei Fragen gern für Sie da.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Regula Bühlmann
Zentralsekretärin